

Die Nationalitätsfrage und Krise in der Côte d'Ivoire nach der Unabhängigkeit 1960

Ebrottié Vincent N'ZO, *Otto-Friedrich-Universität Bamberg*

Abstract: Die politische Integration von AusländerInnen in verschiedenen Bereichen (z. B. im Wahlrecht) prägte die Kolonialzeit in der Côte d'Ivoire wie kein anderes westafrikanisches Land und wurde nach der Unabhängigkeit noch stärker. Mit der Einführung des Mehrparteiensystems auf der ivoirischen politischen Bühne im Jahr 1990 wurde verändert über die Einbeziehung der AusländerInnen in den politischen Angelegenheiten debattiert. Dazu gehörte die Politisierung der ivoirité, ein nach der Unabhängigkeit entwickeltes Nationalitätskonzept, mit dem man versucht hat, den IvorerInnen eine bestimmte Identität zuzuschreiben. Geprägt wurde aber die postkoloniale Zeit in der Côte d'Ivoire von einer langjährigen politischen Instabilität. In diesem Artikel wird der Verlauf der gesellschaftspolitischen Einstellungen besonders bezüglich der Staatsbürgerpolitik in der Côte d'Ivoire untersucht. Der Untersuchungszeitraum reicht von der Kolonialzeit über die Unabhängigkeit bis zur Postkolonialzeit. Es zeigt sich, dass die Politik eine identitäre Krise und die daraus resultierenden Konflikte auslöste. Zudem wird die Relevanz der Staatsbürgerpolitik in der Côte d'Ivoire schon seit der Periode der Kolonisation für die Entstehung der Konflikte untersucht. Dabei wird versucht, die folgenden Fragen zu beantworten: Wie konnte es in der Côte d'Ivoire dazu kommen, dass in den 1990er Jahren ein Teil der Bevölkerung von der politischen und sozialen Teilhabe ausgeschlossen wurde? Welche Ursachen hatte diese als ivoirité bezeichnete Bewegung in der politischen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Côte d'Ivoire seit der Unabhängigkeit 1960?

Schlagworte: Staatsbürgerschaft • Côte d'Ivoire • Integration • politische Partizipation

1 Postkoloniale Nationenbildung in der Côte d'Ivoire

Trotz ihrer nicht wieder gut zu machenden Fehler haben die auf die Person des Staatsgründers ausgerichteten Regime der ersten postkolonialen Generation ein Nationalgefühl zumindest in einigen Segmenten der Gesellschaft (Eliten, Schulkinder, Beamte) erzeugt und so den Prozess des *nation-building* eingeleitet. (Tetzlaff in Kanté, 1994, S. 27)

Mit diesen Worten beschrieb Rainer Tetzlaff 1991 den Prozess der Entstehung der Nationen in Afrika. In der Zeit vor den kolonialen Grenzziehungen und vor der Entstehung der modernen

Staaten in Afrika im Zuge der Dekolonisierung um 1960 kannten die Ethnien Afrikas zahlreiche Formen des Kontakts und der Verbundenheit mit anderen Ethnien. Es gab aber kein Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit der gesamten Bevölkerung auf einem bestimmten Gebiet. Die Aufwertung der kolonialen Verwaltungsgrenzen zu Staatsgrenzen verband sich mit eindringlichen Appellen der neuen politischen Staatsoberhäupter, Nationen nach dem Vorbild der europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts zu bilden und unter einer Fahne zusammenzustehen. Die verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen sollten sich nicht mehr primär als Angehörige ihrer Gruppe sehen; vielmehr sollten sie sich als Staatsvolk des neuen Nationalstaats betrachten. Sie sollten also die gemeinsamen Belange dieses Staates den Partikularinteressen ihrer Ethnie vorziehen. Außerdem mussten sie das Interesse des Staates vor der Verbundenheit mit Angehörigen der eigenen oder nahestehenden ethnischen Gruppen außerhalb der Staatsgrenzen einräumen. Diese nach außen exklusive, nach innen aber inklusive Denkweise war in den meisten afrikanischen Staaten die vorherrschende. Als jedoch die Generation der Staatsgründer die politische Bühne verließ, kamen vielerorts Diskurse auf, die darauf zielten, bestimmte ethnische Gruppen aus der Nation auszuschließen oder zumindest ihre Angehörigen als BürgerInnen zweiter Klasse zu betrachten. Sie wurden ausgeschlossen, weil sie nicht im eigentlichen Sinne zum Staatsvolk zu rechnen seien. Dieser Entwicklung soll im Folgenden am Beispiel der Elfenbeinküste, amtlich Côte d'Ivoire, nachgegangen werden.

1.1 Einwanderung in die Côte d'Ivoire, das Abstammungsprinzip und damit verbundene BürgerInnenrechte

Die französische Kolonialverwaltung wollte bereits in den 1930er Jahren aus der Côte d'Ivoire ein wichtiges Wirtschaftszentrum ihres westafrikanischen Kolonialreichs machen. Das Land bot viele Möglichkeiten des Anbaus tropischer Pflanzen an, es mangelte jedoch an den Arbeitskräften für das Projekt der ‚Inwertsetzung‘ (*mise en valeur*). Zu diesem Zweck initiierte die französische Kolonialverwaltung zuerst die Zwangsarbeit, bevor sie anschließend auf die Zuwanderung zurückgriff. Schon sehr früh entwickelte sich in der Kolonialzeit über die Grenzen der Kolonialreiche hinweg ein weitgespannter westafrikanischer Arbeitsmarkt für handwerkliche SpezialistInnen, die dorthin gingen, wo sie gut entlohnt wurden. Nach der Unabhängigkeit setzte die neue ivoirische Regierung diese Politik beständig fort, indem sie begehrenswerte Löhne und gute Arbeitsbedingungen anbot. Es kamen daher nach der Unabhängigkeit 1960 immer mehr AusländerInnen in das Land. Die Förderung der Zuwanderung führte dazu, dass die Côte d'Ivoire binnen zwei Jahrzehnten in den 1980er Jahren mit einer AusländerInnenquote von ungefähr 28 Prozent zum wichtigsten Einwanderungsland im frankophonen Westafrika wurde. Der Bericht über den Stand der Weltbevölkerung der Vereinten Nationen 2006 gab an, dass die Côte d'Ivoire das Land mit den meisten MigrantenInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf dem gesamten afrikanischen Kontinent war. Auf der Weltebene belegte das Land im Jahre 2005 den siebzehnten Platz. In manchen Départements oder Städten lag die Quote der EinwohnerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit über 50 Prozent. In der Stadt Vavoua im Département Haut-Sassandra im Westen der Côte d'Ivoire zum Beispiel war die Zahl der AusländerInnen (vor allem aus Burkina Faso) höher als die Zahl der IvorerInnen; die AusländerInnenquote lag laut Volkszählung bei 51 Prozent (Yéo, 2009).

Die Zuwanderung aus den nördlich an die Côte d'Ivoire angrenzenden Gebieten reicht bis weit in die Kolonialzeit zurück. Zwischen 1933 und 1946, als der größte Teil der Kolonie Obervolta zur Kolonie Côte d'Ivoire gehörte, waren rund 420 000 ArbeiterInnen aus der ehemaligen Obervolta

rekrutiert worden; rund 230 000 kamen zwischen 1947 und 1959 hinzu, als die Obervolta wieder eine eigenständige Kolonie mit eigenem Gouverneur bildete. Diese wurden bei der Unabhängigkeit der Côte d'Ivoire und Obervoltas (seit 1984 Burkina Faso) durch die Entscheidung, die einzelnen Kolonien unabhängig werden zu lassen, von ihren Verwandten im Heimatland durch eine Staatsgrenze getrennt (Yéo, 2009).

Die Integration der EinwanderInnen in der Côte d'Ivoire wurde wesentlich durch ihren rechtlichen Status bestimmt. Bei der Staatsgründung gab sich die Côte d'Ivoire zunächst ein im Wesentlichen französischen Vorbildern folgendes, einwandererfreundliches Staatsbürgerschaftsrecht. Dies bestand aus einer Mischung aus dem *ius soli* (Bodenrecht), demzufolge die Staatsangehörigkeit durch Geburt auf dem Territorium des Staates erworben wird, und dem *ius sanguinis* (Recht des Blutes), demzufolge die Staatsangehörigkeit durch Abstammung erworben wird. Das Gesetz von 1961 legte fest, dass die ivoirische Staatsangehörigkeit durch die Geburt auf dem Territorium der Côte d'Ivoire erworben wird, falls nicht beide Eltern AusländerInnen sind. Den auf dem Territorium der Côte d'Ivoire geborenen Kindern von Eingewanderten wurde jedoch gestattet, die Staatsangehörigkeit nach mindestens fünfjährigem Aufenthalt in der Côte d'Ivoire durch eine einfache Willenserklärung (*déclaration*) zu erwerben (Yéo, 2009).

1972 allerdings änderte die Côte d'Ivoire ihr Staatsangehörigkeitsrecht, indem sie die Möglichkeit des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch bloße Willenserklärung strich und damit de facto vom *ius soli* zum reinen *ius sanguinis* überging (Kone, o. J.). Durch diese auf das Abstammungsprinzip verweisende Gesetzänderung vervielfachte sich die Zahl der AusländerInnen in der Côte d'Ivoire. Allerdings blieben die Kinder von nach der Unabhängigkeit eingewanderten Eltern AusländerInnen, auch wenn sie auf ivoirischem Territorium geboren worden waren. Die fortbestehende Regel, dass ein ivoirischer Elternteil genügte, um die Staatsbürgerschaft zu erwerben, hatte anfangs nur geringe Bedeutung, da die Anzahl von ‚Mischehen‘ in den 1970er und 1980er Jahren sehr niedrig war. Inzwischen aber sind die Zahlen deutlich gestiegen. 2005 wurden 20% der Neugeborenen in der Stadt Abidjan als von einem ivoirischen und einem nicht-ivoirischen Elternteil abstammend deklariert. Die Zahl der Kinder mit einer ivoirischen Staatsangehörigkeit, aber mit Migrationshintergrund hat also deutlich zugenommen. Vergleichsmäßig war die Côte d'Ivoire das westafrikanische Land mit der bei Weitem höchsten AusländerInnenquote (1998: 26 Prozent) (Yéo, 2009).

Viele der AusländerInnen wurden in der Landwirtschaft gebraucht. Die fruchtbare Erde in der Côte d'Ivoire erforderte eine hohe Anzahl von ArbeiterInnen. Da die Erwerbsmöglichkeiten deutlich besser waren als in ihrer Herkunftsregionen, entschieden sich viele der zugewanderten Bauern und Bäuerinnen (vor allem MalierInnen und BurkinerInnen), sich dauerhaft in der Côte d'Ivoire niederzulassen. Obwohl ihnen eine Niederlassung gewährt wurde, durften sie als AusländerInnen eine Agrarfläche nur unter Vorbehalt besitzen. An manchen Orten in der Côte d'Ivoire wie in der im Südosten des Landes gelegene Stadt Bonoua, wo der Anbau von Ananas besonders florierend war, durften die dort niedergelassenen BurkinerInnen und MalierInnen lediglich eine Agrarfläche pachten. Ein dauerhafter Erwerb von Agrarflächen oder Grundstücken als Eigentum dagegen blieb ihnen verwehrt. Überall in der Côte d'Ivoire wurden AusländerInnen durch das *régime foncier* benachteiligt. Dieses Gesetz über den Grund- und Landbesitz war so geregelt, dass AusländerInnen nicht einmal einen Rechtsstreit um den Besitz eines Grundstücks führen konnten (Yéo, 2009). Es ist offensichtlich, dass diese Politik zum Schutz der StaatsbürgerInnen diente. Sie deutete zwar keineswegs Fremdenhass an, aber dadurch, dass sie die Integration derjenigen erschwerte, die sich in der Côte d'Ivoire niederlassen wollten, wurde sie später in den Krisen stark instrumentalisiert.

Anders als in den meisten anderen Ländern durften AusländerInnen in der Côte d'Ivoire bis 1990 an Wahlen teilnehmen. Das Wahlrecht der aus anderen französischen Kolonien stammenden, aber in der Côte d'Ivoire ansässigen Personen reichte bis in die späte Kolonialzeit zurück und war unter den damaligen Bedingungen auch unproblematisch. Der erste Präsident der Côte d'Ivoire, Félix Houphouët-Boigny, hatte sich nachdrücklich der Idee der Gründung eines westafrikanischen Bundesstaates widersetzt. Dennoch gewährte er den AusländerInnen eine Teilhabe an den Wahlen. Dieses Wahlrecht für AusländerInnen in der Côte d'Ivoire verlieh dem Land den Ruf eines Vorbilds im westafrikanischen Großraum, was die politische Integration der AusländerInnen anging. Indes warfen viele Kritiker dem Präsidenten Houphouët-Boigny vor, dass er den AusländerInnen das Wahlrecht nur gewährt hätte, um ein höheres Ansehen zu erlangen. Gleichwohl überschritt Houphouët-Boigny mit einem solchen politischen Manöver weit die politischen Grenzen, die sich zahlreiche Regierungen in der Phase der Schaffung neuer Nationalstaaten um 1960 gesetzt hatten (Yéo, 2009).

Als der erste ivoirische Präsident im Jahr 1993 starb, hatten die AusländerInnen schon drei Jahre lang ihr Wahlrecht verloren. Die neuen politischen Eliten ließen sich von einer ganz anderen politischen Strategie leiten, die das Abstammungsprinzip in den Vordergrund rückte. Die dadurch ausbrechenden Konflikte weisen darauf hin, dass die Politik Houphouët-Boignys in vielerlei Hinsicht das friedliche Zusammenleben der Ethnien in der Côte d'Ivoire gefördert hatte (Yéo, 2009).

1.2 Die Einführung des Mehrparteiensystems in der Côte d'Ivoire und die Nationalitätsfrage

Im April 1990 musste Präsident Félix Houphouët-Boigny aufgrund des Drucks der politischen Gegner sowie eines Teils der ivoirischen Gesellschaft zulassen, dass andere politische Parteien in der Côte d'Ivoire gegründet und aktiv wurden. Zuvor gab es in der Côte d'Ivoire seit der Unabhängigkeit nur eine einzige Partei, die PDCI-RDA.¹ Es formten sich einige politische Parteien, die teils neu gegründet und teils aus den zuvor im Verborgenen geführten parteiähnlichen Aktivitäten hervorgingen. Die meisten der neuen Parteien deklarierten sich als linksorientierte (sozialistische) Parteien, weil sie sich von der vermeintlich rechtsorientierten (bürgerlich-liberalen) Ideologie der Partei PDCI unterscheiden wollten. Gleichzeitig wurde mit der Einführung des Mehrparteiensystems in der Côte d'Ivoire jedoch das Wahlrecht der in der Côte d'Ivoire ansässigen AusländerInnen abgeschafft. Die in den Jahrzehnten zuvor eingewanderten BurkinerInnen und deren Nachkommen hätten einen entscheidenden politischen Einfluss erlangen können, wäre ihnen das Wahlrecht nicht aberkannt worden. Sie machten allerdings laut der Volkszählung von 1988 etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten (Yéo, 2009).

Die PDCI-RDA, die lange für die Aufrechterhaltung ihrer politischen Hegemonie in der Côte d'Ivoire auf die Unterstützung und Stimmen der AusländerInnen zählen konnte, setzte sich dafür ein, dass sie weiterhin am politischen Leben teilhaben sollten. Mithilfe eines Gesetzentwurfs versuchte im Jahre 1994 der ehemalige Innenminister und Kämpfer bei der PDCI, Émile Constant Bombet, allen BürgerInnen von Mitgliedstaaten der CEDEAO² das Wahlrecht zu gewähren. Dieser Gesetzentwurf basierte auf dem Staatsbürgerschafts- und Gemeinschaftsprotokoll der CEDEAO und der dringenden Bitte von Houphouët-Boigny im Jahre 1964, die doppelte Staatsbürgerschaft zuzu-

¹ Parti démocratique de Côte d'Ivoire – Rassemblement démocratique africain

² Communauté économique des États de l'Afrique de l'Ouest

lassen. Letzten Endes musste die Regierung aber das Wahlrecht der AusländerInnen aus ihrem Gesetzentwurf streichen, weil die Kontroversen darüber einen parteiübergreifenden Konsens verhinderten. Die Partei FPI³ widersetzte sich der Fortschreibung des Wahlrechts für AusländerInnen mit Nachdruck. In dieser Hinsicht erwiesen sich die meisten neuen Parteien als linksnationalistisch, da sie die Integration der AusländerInnen in die Politik des Landes rigoros ablehnten (Yéo, 2009).

2 Die ivoirité: Entstehung und Verbreitung des Konzepts in der Côte d'Ivoire

In den 1990er Jahren breiteten sich zwei Bezeichnungen im öffentlichen Diskurs der Côte d'Ivoire aus: das ethnonationalistische Konzept der *ivoirité* (d. h. das Konstrukt eines Rein-ivorischen Seins) sowie die Verwendung der Bezeichnung *dioula* als Ethnonym zur Kategorisierung eines großen Teils der aus dem Norden des Landes stammenden Bevölkerungsgruppen nach Sprache, ethnischer Zugehörigkeit und regionaler Herkunft (Engels, 2012).

Das Konzept *ivoirité* verbreitete sich in der Côte d'Ivoire in den 1990er Jahren, kurz nachdem Félix Houphouët-Boigny gestorben war. Danach kam Henry Konan Bédié an die Macht, der unter der Regierung von Houphouët-Boigny Präsident der Nationalversammlung war. Die *ivoirité* wurde während seiner Amtszeit zu einem Markenzeichen der ivorischen Identität. Es war erstmals von Léopold Sédar Senghor, ehemaliger Dichter und erster Präsident von Senegal, im Jahre 1987 geprägt und verwendet worden. Als er Abidjan besuchte, stellte er die *ivoirité* neben Begriffe wie *francité* (Französischsein), *sénégalité* (Senegalesischsein) und *arabité* (Arabischsein), um die Bedeutung nationaler Identitäten als Beitrag zur universellen kulturellen Vielfalt zu würdigen (*Sud quotidien*, 2025). Danach versuchte ein Theaterschauspieler namens Niangoran Porquet, ein ehemaliger ivorischer Dozent an der ENS⁴, Bühnenautor und selbst Schauspieler, den Begriff zu popularisieren, bevor der Begriff in den 1980er Jahren im akademischen Milieu diskutiert wurde. Das Wort tauchte im Jahre 1995 erneut auf, nun aber, um innenpolitischen Zwecken zu dienen (Kipré, 2005).

2.1 Rahmenbedingungen der Entstehung des Konzepts ivoirité

Die Definition der *ivoirité* entstand im Zuge der Bewegungen des Panafrikanismus. Die Idee, es gebe eine spezifische, den Nationalstaat Côte d'Ivoire tragende und für das ivorische Volk identitätsbildende Kultur, wurde von ihren BefürworterInnen entwickelt und aufgewertet. Das Ziel war, die Barrieren zwischen den Ethnien zu überwinden und den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Die KritikerInnen des Begriffs haben jedoch von Anfang an die Gefahr gesehen, dass dieses nationalistische Konzept die Ethnien in der Côte d'Ivoire entzweien könnte. Boa Thiémélé Ramsès zufolge war diese Entwicklung das Resultat einer Verunstaltung des Begriffs *ivoirité* durch eine politische Instrumentalisierung. In der Tat bezog sich die Definition von *ivoirité* in den 1970er Jahren ursprünglich auf die allen IvorerInnen gemeinsamen Einstellungen und Verhaltensweisen (Yéo, 2009).

Niangoran Porquet betonte die Bedeutung der *ivoirité* als Aufruf an alle IvorerInnen, nicht nur ein gemeinsames kulturelles Bewusstsein zu vertreten, sondern auch einen gemeinsamen Lebensstil zu haben, der sonst nirgendwo auf der Welt präsent war. Er wollte damit erreichen, dass

³ Front populaire ivoirien

⁴ École normale supérieure

auch die Côte d'Ivoire, wie andere der neuen afrikanischen Staaten, eine eigene Identität, befreit von kolonialen Einflüssen, ausbildete. Die *ivoirité* sollte an das gleiche Niveau von bereits existierenden Ideologien wie der *négritude* von Léopold Sédar Senghor im Senegal, der Idee des *high life* in Ghana, der *authenticité* von Mobutu Sese Seko im Kongo oder der zurzeit der Revolution von Sékou Touré initiierten und vom Orchester Bambeya Jazz gesungenen besonderen Art von Musik in Guinea angepasst werden. Dass die *ivoirité* schließlich eine Entfremdung innerhalb der Bevölkerung in der Côte d'Ivoire verursacht hat, ist auf die während der Amtszeit des zweiten ivoirischen Präsidenten Henri Konan Bédié festzustellende, politische Instrumentalisierung des Begriffs zurückzuführen. Ihr Potential der Stärkung zentrifugaler Kräfte ist jedoch bereits in der Phase der Dekolonisierung und des Übergangs zur Unabhängigkeit angelegt worden. In der Tat haben die führenden PolitikerInnen der einzelnen Kolonien im französischsprachigen Westafrika der Konsolidierung ihrer eigenen Macht und der Popularisierung ihres Namens der Möglichkeit der Schaffung eines engeren Verbundes basierend auf den kolonialzeitlichen Strukturen der AOF⁵ vorgezogen. Die Annahme, dass die *ivoirité* politisiert wurde, scheint daher berechtigt, weil der Kontext ihrer Entstehung dies nahelegte (Yéo, 2009).

Dass die *ivoirité* schließlich eine Entfremdung innerhalb der Bevölkerung in der Côte d'Ivoire verursacht hat, ist auf die während der Amtszeit des zweiten ivoirischen Präsidenten Henri Konan Bédié [...] politische Instrumentalisierung des Begriffs zurückzuführen.

2.2 Die *ivoirité* als Faktor einer ethnischen Kategorisierung in der Côte d'Ivoire

Das Konzept der *ivoirité* implizierte eine Kategorisierung der ivoirischen Bevölkerung in echte und unechte, verstanden als autochthone und allogene, IvorerInnen. Abstufungen waren dabei möglich, denn aufgrund seiner Herkunft konnte gesagt werden, dass ein Individuum in der Côte d'Ivoire zu 25, 50 und 100 Prozent ivoirischer Staatangehörigkeit hatte. Dies erfolgte je nach der eigenen Herkunft, dem eigenen Geburtsort und dem der leiblichen Eltern sowie Großeltern. Eine spezielle Abteilung (*Cellule universitaire de recherche et de diffusion des idées et actions politiques du président*) wurde vom ehemaligen Präsidenten Henri Konan Bédié an der Universität von Abidjan mit der Aufgabe eingerichtet, das Konzept der *ivoirité* wissenschaftlich abzusichern (Engels, 2012). Dass danach dem Konzept *ivoirité* und dessen BefürworterInnen vorgeworfen wurde, allein die ethnische Gruppe Akan zu privilegieren, sei auf eine Entstellung in den Medien zurückzuführen, so die Forschungsgruppe. Durch diese Entstellung wurde der *ivoirité* eine xenophobe Dimension zugeschrieben (*Jeune Afrique*, 2004). Nichtsdestotrotz ist erkennbar, dass sich der Versuch durch die *ivoirité* den Erwerb der ivoirischen Nationalität stark einzuschränken, indem die leiblichen Eltern und Großeltern zu den autochthonen Ethnien (die auf dem ivoirischen Territorium ansässigen Ethnien nach der Unabhängigkeit) gehören mussten, in vielerlei Hinsicht einer Abschottungspolitik annähert. Eine Revision des Konzeptes hätte damals eventuell ermöglicht, dass es gerechter wirkt, und somit verhindert, dass es zu einer Spaltung in der ivoirischen Gesellschaft kommt.

⁵ Afrique-Occidentale française

2.3 Zur Problematik der Bezeichnung *dioula* in der Côte d'Ivoire

Die ethnische Kategorie *dioula* ist ein Sammelbegriff für alle, die von der *ivoirité* und ihrer verunstalteten Definition der echten IvorerInnen ausgeschlossen sind. Der Begriff *dioula* muss daher als eine Konstruktion des Anderen (*othering*) verstanden werden (Engels, 2012). Bereits seit dem 17. Jahrhundert bezeichnete der Begriff *dioula* eine Gruppe von HändlerInnen, die überwiegend in der Sahelzone ihre Güter und Waren kauften und verkauften. Es war also zunächst keine ethnische Bezeichnung, sondern die Bezeichnung einer professionellen Tätigkeit. Der Begriff wurde erst im 20. Jahrhundert von der französischen Kolonialverwaltung anders konnotiert und so zu einem Ethnonym. Das Wort *dioula* sollte also als Sammelbegriff alle ethnischen Gruppen bezeichnen, die in der Sahelzone bis in den Norden der Côte d'Ivoire hinein den Beruf des/der HändlerIn ausübten. In Verbindung mit dem Konzept der *ivoirité* wurde die nun als ethnischer Oberbegriff verstandene Bezeichnung *dioula* zur Definition des Fremden, dem auch die MigrantInnen aus Burkina Faso und Mali zugerechnet wurden. Zugleich wurde der Begriff *dioula* mit dem Begriff *nordistes* assimiliert.

Die ethnische Kategorie *dioula* ist ein Sammelbegriff für alle, die von der *ivoirité* und ihrer verunstalteten Definition der echten IvorerInnen ausgeschlossen sind. Der Begriff *dioula* muss daher als eine Konstruktion des Anderen (*othering*) verstanden werden.

Damit wurde auf die Herkunft aus dem Norden der Côte d'Ivoire oder auf die Zuwanderung aus den nördlichen Nachbarstaaten der Côte d'Ivoire Bezug genommen. In dieser Politik der Unterscheidung spielte der Familienname eine wichtige Rolle. Da die meisten Familiennamen der ethnischen Gruppen im Norden der Côte d'Ivoire ähnlich wie einige Familiennamen in den nördlichen Nachbarstaaten waren, wurde nun vielen, die aus dem Norden des Landes stammten, unterstellt, AusländerInnen zu sein. Unter diesen Namen können Patronyme wie Koné, Konaté, Traoré oder Ouattara zitiert werden, die auch in Ländern wie Mali, Burkina Faso oder auch in Guinea verbreitet sind (Engels, 2012).

3 Die Nachfolge von Houphouët-Boigny als Ausgangspunkt einer dauerhaften Krise in der Côte d'Ivoire

In der Côte d'Ivoire spielte die patrimoniale Konzeption des Staates eine entscheidende Rolle in den Krisen, die das Land bislang erlebte. Dieses Problem begann bereits in der Amtszeit Félix Houphouët-Boignys. Die Kämpfe um seine Nachfolge führten zu politischen Maßnahmen, die darauf zielten, politische GegnerInnen von der politischen Sphäre fernzuhalten. Sie führten dazu, dass das institutionelle Gefüge des ivoirischen Staates durchgreifend weitreichend und für lange Zeit an Legitimität und Glaubwürdigkeit verlor. Die Gesetzänderungen im Bereich des Wahl- und Grundbesitzrechtes waren vor allem von dem Ziel der Regierenden geleitet, ihre Macht zu sichern. Die daraus resultierte Spaltung blieb nicht auf die politischen Eliten beschränkt, sondern erfasste auch das Militär und weite Kreise der Bevölkerung. Viele Bevölkerungsgruppen wurden vor allem durch das neu etablierte Grundbesitzrecht benachteiligt, sowohl die als ArbeitsmigrantInnen ins Land gekommenen AusländerInnen und ihre Nachkommen als auch diejenigen IvorerInnen, die im Sinne

der *ivoirité* als ‚*unechte IvorerInnen*‘ bezeichnet wurden. Darüber hinaus wurde alles unternommen, um diese Gruppen von politischen Angelegenheiten fernzuhalten (Engels, 2012).

Da das politische System der Côte d'Ivoire während seiner beinahe 30-jährigen Amtszeit als Präsident ganz auf die Person von Félix Houphouët-Boigny konzentriert war, wurden keine institutionellen Regulationsmechanismen entwickelt, die einen reibungslosen Übergang der Macht an eine nachfolgende Person sichern konnten. Dementsprechend hatten die nach seinem Tod aufgetretenen politischen AkteurInnen als potenzielle NachfolgerInnen freien Raum, um zu versuchen, ihre Macht durch Eingriffe in die rechtliche Ordnung und Beseitigung politischer GegnerInnen zu sichern. Da in diesen Auseinandersetzungen die Frage ivoirischer Identität und Staatsbürgerschaft mit ethnischer Zugehörigkeit verbunden wurde, begann in der Côte d'Ivoire ein Machtkampf, der in vielerlei Hinsicht von ethnischen Hintergründen geprägt war (Engels, 2012).

Alassane Ouattara, der unter Houphouët-Boigny bis zu dessen Tod Premierminister gewesen war, entschied sich von seinem Amt zurückzutreten, weil er den Wunsch hatte, für die PräsidentInnenschaftswahl zu kandidieren. Er stiftete seine AnhängerInnen an, sich von der Partei PDCI loszusagen und gründete gemeinsam mit ihnen die Partei Rassemblement des Républicains (RDR). Henry Konan Bédié, der zu dieser Zeit Interimspräsident war, setzte eine Reform des passiven Wahlrechts durch. Als PräsidentIn sollten nur Personen wählbar sein, deren Eltern bereits IvorerInnen gewesen waren und die sich in den fünf Jahren vor der Präsidentschaftswahl in der Côte d'Ivoire aufgehalten hatten. Durch diese Wahlrechtsänderung durfte Alassane Ouattara nicht mehr kandidieren, denn dieser hatte wegen seiner Tätigkeit beim Internationalen Währungsfonds seit 1990 im Ausland gelebt. Des Weiteren ließ Bédié den früheren Chef der Streitkräfte Robert Guéi unter dem Vorwand verhaften, er habe einen Staatsstreich durchführen wollen. Nach seinem Sieg setzte Henry Konan Bédié als Präsident in der Regierung eine andere Politik durch. Diese neue Art zu regieren unterschied sich sehr von der Art des ersten Präsidenten Félix Houphouët-Boigny. Dieser hatte eine Art ethnisches Quotensystem eingerichtet, indem er jeder ethnischen Gruppe das Gefühl vermittelte, in die Angelegenheiten der ivoirischen Republik einbezogen zu sein. Das hat ihm geholfen, seine Macht für eine so lange Zeit nach der Unabhängigkeit zu sichern. Allen seinen Nachfolgern wurde dagegen vorgeworfen, eine Regierung unter klarer und offensichtlicher Bevorzugung der eigenen ethnischen Gruppe zu führen. Während der Amtszeit von Henry Konan Bédié habe dieser zahlreiche AnhängerInnen seiner politischen GegnerInnen vor allem aus der Armee entlassen, damit die Posten von Mitgliedern seiner ethnischen Gruppe aus dem Süden besetzt werden können. Die meisten Entlassenen kamen hauptsächlich aus dem Norden, wo vielen BewohnerInnen oft vorgeworfen wurde, BurkinerInnen oder MalierInnen zu sein, die sich in der Côte d'Ivoire niedergelassen haben (Engels, 2012). Der General Ibrahim Coulibaly, der die Rebellion von 2002 führte und den Weihnachtsputsch von 1999 gegen Bédié vorantrieb, rechtfertigte sich mit dem Vorwurf, dass diese Stammespolitik ihn und seine AnhängerInnen zu derartigen extremen Maßnahmen gegen die Regierung gezwungen habe: „Das System schloss einen Teil der Bevölkerung aus. Ich nehme das Beispiel meines Bereiches, der Armee. Um ein Praktikum zu machen, musste man Bédié nahestehen. Befördert wurden nur die aus seinem Clan“ (Coulibaly in Engels, 2012, S. 95).

Der gleiche Fehler wurde Laurent Gbagbo später vorgeworfen. Als er im Oktober 2000 zum Präsidenten der Côte d'Ivoire gewählt worden war, hätte er geplant, zwei Kontingente in der ivoirischen Armee zu demobilisieren. Diese gezielten Personen waren von seinem Vorgänger Robert Guéi rekrutiert worden und stammten überwiegend aus dem Norden der Côte d'Ivoire. Es kam deswegen zu Streiks. Zudem hatten viele Soldaten aus demselben Grund gedroht zu rebellieren (Engels, 2012).

4 Fazit

Dieser Beitrag untersuchte die Rolle der Integration der Bevölkerungsgruppen für die ivorische Gesellschaft. Die Zeit nach der Unabhängigkeit der Côte d'Ivoire erwies sich als besonders entscheidend für die Bevölkerung, die durch die Entlassung der Kolonie aus ihren, von den Franzosen gezogenen, Grenzen zum Staatsvolk eines multiethnischen Staates wurde. Die Politik Houphouët-Boignys, gleich nach der Unabhängigkeit die Integration aller Bevölkerungsgruppen (sowohl der schon lange ansässigen Bevölkerung als auch der zahlreichen zugewanderten ArbeitsmigrantInnen) voranzutreiben, war ein Versuch, eine Nation aufzubauen, in der die Herkunft kaum eine Rolle spielen sollte. Die KritikerInnen Houphouët-Boignys warfen ihm vor, eine derartige Politik nur deshalb gemacht zu haben, um Anerkennung und höheres Ansehen zu erlangen. Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass während seiner Amtszeit ethnische Konflikte und Spannungen kaum eine erkennbare Rolle spielten. Erst die politische Instrumentalisierung des Begriffs der ivoirité und die Abschaffung des Wahlrechts der AusländerInnen und ihrer Nachkommen schufen eine dauerhaft angespannte Atmosphäre.

Heute ist der Ansatz Houphouët-Boignys einer gleichmäßigen Teilhabe aller Ethnien an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes immer noch zukunftsweisend: Wenn alle BewohnerInnen des Landes, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre Rechte gefördert sähen, würde das einen dauerhaften Frieden unterstützen. Bei ihrem Versuch, als Organisation alle Länder Westafrikas zu vereinen, könnte die CEDEAO ähnlich wie die Europäische Union das Prinzip der Freizügigkeit für alle BürgerInnen der Union noch stärken. Somit werden die Bevölkerungsteile mit einem Minderheitenstatus oder mit Migrationshintergrund besonderen Schutz genießen, ohne dass sich die schon länger im Land Ansässigen vernachlässigt oder bedroht fühlen. Ob ein solches Vorhaben zustande kommt und Erfolg hat, hängt aber entscheidend davon ab, dass die Mitgliedstaaten dazu eindeutige gemeinsame Ziele formulieren (Yéo, 2009).

Heute ist der Ansatz Houphouët-Boignys einer gleichmäßigen Teilhabe aller Ethnien an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes immer noch zukunftsweisend: Wenn alle BewohnerInnen des Landes, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre Rechte gefördert sähen, würde das einen dauerhaften Frieden unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Engels, B. (2012). *Warum sie Rebellen sind: Motive nichtstaatlicher Gewaltakteure in der Côte d'Ivoire*. Brandes und Apsel Verlag.
- Jeune Afrique (2004, April 13). Comment est née l'« ivoirité ». *Jeune Afrique*. <https://www.jeuneafrique.com/113673/archives-thematique/comment-est-n-e-l-ivoirit/> (zuletzt aufgerufen am 06.11.2025)
- Kanté, K. (1994). *Die Problematik der politischen Macht und Herrschaft in der postkolonialen Côte d'Ivoire: Staat und Gesellschaft (1960-1992)*. LIT Verlag.
- Kipré, P. (2005). *Côte d'Ivoire: La formation d'un peuple*. Sides-Ima.
- Kone, F. R. (o. J.). *Nationalité en Côte d'Ivoire: Entre droit et culture*. von https://base.afrique-gouvernance.net/docs/nationalite_droit_et_culture.pdf (zuletzt aufgerufen am 13.05.2025)
- Sud quotidien. (2025, 20. Februar). *Nous sommes tous ivoiriens Par Vieux Savané*. Sud quotidien. <https://www.sudquotidien.sn/nous-sommes-tous-ivoiriens-par-vieux-savane/> (zuletzt aufgerufen am 06.11.2025)
- Yéo, S. O. (2009). *Les États-nations face à l'intégration régionale en Afrique de l'Ouest*. Éd. Karthala.